



**Christine Scheel**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Christine Scheel, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Herr  
Dipl. Betriebswirt  
Jörg Schülke

[REDACTED]

[REDACTED]

#### Deutscher Bundestag

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Mitarbeiter/in: Peter Sellin  
Ilka Wege  
Christian Staeger  
☎ (030) 227 - 710 14  
☎ (030) 227 - 769 14  
✉ christine.scheel@bundestag.de

#### Wahlkreis

Georg-Blaß-Str. 31  
83788 Hösbach  
☎ (06024) 2833  
☎ (06024) 80 304  
✉ christine.scheel@wk.bundestag.de

Berlin, den 9. Januar 2003

### Ihr Brief vom 29.10.2002 an Krista Sager über die Steuerpläne der Regierung aus dem Koalitionsvertrag

Sehr geehrter Herr Schülke,

seit Ihrem Schreiben an Frau Krista Sager, das uns zuständigkeitshalber zur Beantwortung weitergereicht wurde, hat sich in der steuerpolitische Debatte einiges erheblich verändert.

Aktuell liegt das Steuervergünstigungsabbaugesetz (Bundestagsdrucksache 15/119, 2.12.2002) zur Debatte und Anhörung im Bundestag vor. Die Reform der Arbeitsmarktpolitik (Hartz-Konzept) ist vom Gesetzgeber verabschiedet und wird jetzt umgesetzt. Der Gesetzentwurf zur Abgeltungssteuer befindet sich in Vorbereitung im Bundesfinanzministerium. Außerdem möchte ich daran erinnern, dass die nächsten Stufen der Einkommensteuerreform 2004 und 2005 in Kraft treten. Für Ihre vielfältigen Überlegungen, die Sie uns mitgeteilt haben, möchte ich mich im Namen von Christine Scheel bedanken.

Ich will in diesem Brief auf die von Ihnen angesprochene Immobilienbesteuerung eingehen, die jetzt im Steuervergünstigungsabbaugesetz vorgesehen ist. Darin ist vorgesehen, dass private Veräußerungsgewinne bei Wertpapieren und nicht selbstgenutzten Immobilien maßvoll besteuert werden. Damit tragen wir dem Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der steuerlichen Gerechtigkeit Rechnung, denn auch der Arbeitnehmer muss seinen Lohn und der Unternehmer seinen Gewinn versteuern. Das Halbeinkünfteverfahren bei Anlagen in Aktien und inländische Aktieninvestmentfonds bleibt erhalten.

Gleichzeitig wollen wir die negativen Rückwirkungen beschränken und den notwendigen Vertrauensschutz angemessen berücksichtigen. Wir werden darauf achten, dass die konkreten Regelungen möglichst einfach und transparent, sozial